

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 25

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Westeuropa oder die Arroganz der Ohnmacht

Zusammenhänge

sen Alleingang. Hier gewann in der Tat ein häufiges politisches Phänomen sein Profil: die Arroganz der Ohnmacht.

*

Westeuropa, so hiess es, müsse sich vom Verdacht befreien, dem Wirtschaftsimperialis mus zu Diensten zu sein. Und was hat es getan, als der Wirtschaftsimperialis mus auf dem Erdölsektor für einmal nicht als Schimäre, sondern als handfeste Wirklichkeit auftrat?

*

Westeuropa, so hiess es, dürfe nicht länger Erfüllungshelfer der nationalen Interessen der USA sein. Und so sträubte sich Westeuropa, als die USA entgegen ihrem nationalen Interesse, das in gutem Einvernehmen mit den arabischen Erdölproduzenten liegen würde, internationalistisch auftraten: einfach so. Aus Solidarität mit einem Land, das als Wirtschaftspartner durchaus entbehrlich wäre. Mit einem Land, das zur Solidarisierung kapitalistischer Interessen keine Trümpfe hat, sondern bloss ein Judenstaat ist und demokratische Strukturen aufweist, die es zum Beispiel im Unterschied zu seinen Nachbarn auch den Kommunisten zur Benützung freistellt. Jedenfalls handelten die USA, als sie Israel unterstützten, nicht in ihrem eigennützigen Interesse, sondern bloss in Solidarität mit dem (strukturell und nicht geographisch verstandenen) Westen. Aber der restliche Westen hat da nicht mitgemacht. Seine Interessen sind da konkreter.

*

Westeuropa, so hiess es, müsse eine aktive und engagierte Aussenpolitik treiben. Das ist eine Forderung, die sich nicht nur auf die EG bezog, sondern auch auf andere Länder, wie zum Beispiel die Schweiz. Man hat uns etwa als Vorbild die mutige Aussenpolitik Schwedens hingestellt. Diesmal, in der Nahostkrise, hat sich ein anderes Land über den so oft beklagten neutralen Konformismus hinweggesetzt, und das war Holland. Mitglieder der holländischen Regierung äusserten unvorsichtigerweise zu Beginn des Konflikts eine Meinung, die den «mächtigen kapitalistischen Interessen» zuwider lief. Haben nun jene Leute, die von unserem netten Bern eine aktive und engagierte Aussenpolitik fordern, uns die Nachahmung des holländischen Beispiels empfohlen? Aber nein, sie tadeln jene engagierten Holländer, die es sich selbst zuzuschreiben hätten, wenn sie nun ins Schussfeld der arabischen Erdölcrisis geraten seien.

*

Aber Westeuropa, so heisst es jetzt immerhin, müsse sich in Zukunft gegen politische Erpressung auf dem Energiesektor vorsehen. Man sieht da nebst einigen Möglichkeiten zum kleinen Sparen auch eine Hoffnung auf etwas Alternativlieferungen. In einer Rundschau-Sendung unserer deutschschweizerischen TV war

zum Beispiel von Erdgas die Rede. Ein echter Ersatz sei zwar nicht zu erwarten, sagte der zuständigste Mann auf diesem Sektor, aber immerhin werde der Import von Erdgas in der nächsten Zeit erheblich ansteigen. Und woher wird uns dann dieser Import kommen? Aus Algerien! Da sieht man wenigstens, wie falsch es wäre, etwa von einer politischen Schuld Westeuropas zu reden; es gibt doch noch die politische Unschuld, speziell von zuständiger Seite. Nicht ganz so unschuldig nehmen sich dafür andere Ausweichmöglichkeiten aus. Westdeutschland hat zum Beispiel Erdöllieferungen aus der Sowjetunion in Aussicht gestellt erhalten. Aus jener Sowjetunion, die übrigens explizit den arabischen Boykott gutheisst. Westdeutschland braucht dafür nach sowjetischen Erläuterungen lediglich nichts zu tun, was die Solidarität der UdSSR mit den arabischen Ländern kompromittieren könne. Und ferner laufen die sowjetischen Angebote beispielsweise mit den sowjetischen Anregungen zur Berlin-Regelung parallel. Aber hier wollen wir die Westdeutschen nicht der politischen Unschuld verdächtigen. Sie haben schon zuvor gezeigt, dass sie die politische Klugheit haben, die nur Böswillige jeweils «Wohlverhalten» nennen. Einsichtige Leute haben dagegen schon lange verstanden, dass Bonn seine Nichtallianz mit Moskau keineswegs so belasten darf wie seine Allianz mit Washington. Aber das gehört ganz allgemein zum neuen Profil von Westeuropa.

*

Denn Westeuropa, so heisst es, sollte sich nicht länger so anmassend als eigene Gruppierung verstehen, sondern sich endlich in ein gesamtes Europa einordnen. Und in der Tat: Weshalb sollte denn der westliche Teil des Kontinents nicht von der gleichen Einheitsgarantie profitieren, die Osteuropa schon hat? Dann hätten wir auch eine Schutzmacht, die uns vor der boshafte Erpressung einiger Scheichs bewahren könnte. Und vor etlichen andern Dingen auch. Zum Beispiel vor der Anmassung, uns in unsere eigenen Angelegenheiten einzumischen.

*

Westeuropa, so heisst es, hat sich endgültig von jenem Revanchismus befreit, der seinen schlimmsten Ausdruck in der haltlosen mündlichen Tätigkeit der berüchtigten Vertriebenenverbände gefunden hatte. Nunmehr bemüht sich Westeuropa um die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Palästinenser. Das sind Vertriebenenverbände, welche die politischen Realitäten nicht anerkennen wollen. Nur, dass sie ihre Aktivität auch mit andern als verbalen Mitteln betreiben. Aber da sind wir schon bei den kleineren Paradoxa unseres Halbkontinents, und die sind Legion. Das grosse Paradox wird aber nachgerade Westeuropa selber. Bei der laufenden Neudefinition Westeuropas wird immer mehr ein Element überflüssig: Westeuropa.

Christian Brügger

Westeuropa, so hiess das doch, müsse sich im Rahmen der atlantischen Allianz als selbständige Einheit profilieren. Der Nahostkonflikt gab Gelegenheit, das Postulat in seiner Verwirklichungsmöglichkeit zu sehen. Sie entsprach genau dem, was seit Jahren die kontinuierliche Tendenz war. Die Krise hat das alles nur beschleunigt und klarer gemacht.

*

Westeuropa hat sich unter Hintanstellung der atlantischen Allianz als unselbständige Interessengemeinschaft um jedes eigene Profil gedrückt. Es gab keinerlei Aufwertung des westeuropäischen NATO-Teils; es gab nur ein Abrücken von der Partnerschaft. Von der milden Führungsmacht der USA, die zum Diktat weder fähig noch willens waren, hat man sich mit Stolz losgesagt. Dem Diktat ihrer kompakten und militanten Gegenspieler hat man sich in Demut zu beugen begonnen (wobei es wenigstens ein Trost ist, dass «man» nicht alle umfasst.) Auf die Drohung von Schlägen ist man nicht etwa in die Hosen gestiegen. Man (wieder sind das nicht alle) hat sie vielmehr ausgezogen und sich freundlich gebückt, in der Erwartung, dass die Züchtigung dann milder ausfalle. Auch das gibt ein Profil.

*

Westeuropa, so hiess es ferner, müsse seine eigenen Interessen wahren. Dazu gehöre, so hiess es auch, die Wahrung von Frieden, Sicherheit und Gleichgewicht. Diese drei Dinge waren im Nahen Osten bedroht: durch einen von langer Hand vorbereiteten Angriff der Araber unter Bruch des bis dahin geltenden Waffenstillstandes. Durch die eindeutige, deklarierte und kriegerische Parteinahme der sowjetischen Supermacht, welche die Aggressoren ausgerüstet und ausgebildet hat. Das kleine Israel hätte da allein keine Chance gehabt. Was hat Westeuropa in dieser Situation für Frieden und Sicherheit getan? Zunächst gar nichts. Aber dann schon. Als die USA eingriffen, um Israel zu helfen, distanzierte sich Westeuropa davon und entzog im Falle Westdeutschlands sein Territorium demonstrativ dem Transit dieser Hilfe. Es sorgte dafür, dass die Wiederherstellung des Gleichgewichts ganz allein den USA überlassen war, und tadelte dann mit Entrüstung die-

Ausflüchte nein — Auswege ja

Scheinbar unentwöhlich stellt sich der nahöstliche Krisenherd dem Beobachter dar, derweil die Auswirkungen mit der Energiekrise mehr und mehr fühlbar werden.

Die Krise zu beheben wird zu einer Existenzfrage Westeuropas und der ganzen freien Welt. Aber sicher darf es nicht dadurch geschehen, dass der arabischen Erpressung stattgegeben wird. Dies zu tun, würde wohl nur zu einer Eskalation der arabischen — und hinter diesen der sowjetischen — Forderungen führen. Davon warnen so namhafte Experten wie die vier amerikanischen Nobelpreisträger Arrow, Kuznets, Leontief und Samuelson, denen sich die bekannten Nationalökonominnen Galbraith, Fisher, Solow und Peck anschlossen. Dass ein solches Nachgeben unbehelflich wäre, zeigt das katastrophale Scheitern der europäischen Kompromisshaltung, die zudem einen bedauerlichen Verrat am atlantischen Bündnis beinhaltete.

Immerhin weist das schwarze Bild einige helle Stellen auf, die nicht übersehen werden dürfen.

Die Existenz Israels

Wir haben an dieser Stelle (ZB Nr. 11/1971 vom 2. Juni 1971) darauf hingewiesen, dass Sadats Ägypten nicht identisch ist mit Nassers Ägypten. Wir haben damals die Ansicht vertreten, dass Israel mit einem Entgegenkommen gegenüber Ägypten, das in der Aufgabe der 1967 eroberten Gebiete besteht, mit grösserer Hoffnung auf Erfolg seine staatliche Existenz sichern könnte.

Der Verlauf des Jom-Kipur-Krieges hat diese Auffassung bestätigt. Erstens kämpften die Araber nicht mehr für die Vernichtung Israels wie 1967, sondern bloss für die Rückgewinnung der damals verlorenen Gebiete. Zweitens zeigte es sich, dass die besetzten Territorien wenig zur Sicherung Israels beigetragen haben. Drittens ist festzustellen, dass sich die Position Israels nach dem militärischen Sieg von 1967 andauernd verschlechtert hat, bis dieser sich in eine politische Niederlage gewandelt hat. Wir bedauern das, aber wir vermögen es nicht mehr

Zusammenhänge

zu ändern. Es handelt sich um eine Realität, die in eine korrekte Rechnung einbezogen werden muss.

Daher glauben wir, dass die Chancen eines echten Friedens im Nahen Osten heute grösser sind als je zuvor. Die Mehrheit der Israeli weiss, dass sie die 1967 besetzten Gebiete nicht behalten kann, und die Regierung hat ihre Bereitschaft wiederholt bekundet, diese Gebiete aufzugeben, unter gewissen Bedingungen allerdings. Aber eben diese Bedingungen dürfen heute von der arabischen Seite leichter erfüllt werden, zumal einer Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten bei gleichzeitiger Garantie der Grenzen von 1967 durch die USA und die UdSSR, und möglichst auch durch Grossbritannien und Frankreich, heute weniger im Wege steht als je zuvor. Denn die Bedingungen haben sich so gewandelt, dass Israel seine Existenz heute mit einer politischen Lösung besser sichern kann als mit einer militärischen.

Westeuropa und der Nahe Osten

Vor der sowjetischen Ölstrategie hat das Ost-Institut bereits vor 14 Jahren zu warnen begonnen. Leider erfolglos. Es zeigt sich auch in diesem Zusammenhang, dass Verhaltensweisen nur eingenommen werden, wenn deren Notwendigkeit offensichtlich ist.

Der Ausbruch der Ölkrise ist indessen so früh erfolgt, dass sie vermutlich die Notwendigkeit verschiedener Massnahmen zeitig genug hat offensichtlich werden lassen. Die Moskauer Führung dürfte sich hier verrechnet haben.

Denn jetzt ist es noch möglich, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Dazu gehört, nach einer Regelung der Israel-Frage im skizzierten Sinn, der unmissverständliche Hinweis an die Adresse der Araber, dass die Existenzgrundlage Westeuropas keine taugliche Basis für Erpressungen abgeben kann. Hinter diesem Hinweis muss die Bereitschaft zu adäquaten Retorsionsmassnahmen stehen. Denn es ist auch nach dem Völkerrecht nicht zulässig, dass ein Land einem andern den Lebensatem abstellt.

Nun glauben wir nicht, dass harte Drohungen nötig sind. Allerdings müssen die beteiligten Parteien zu verstehen lernen, dass harte Drohungen auch von unserer Seite möglich werden können.

Die Ölkrise und ihre Folgen

Aber auch in innerer Beziehung hat die Ölkrise wichtige Akzente glaubhafter gesetzt als jede bisherige Warnung. Die Einsicht verbreitet sich jetzt rasch, dass der Verschwendung Einhalt geboten werden muss. Das ist kein Aufruf an die Regierungen, an die Wirtschaft oder an

welche anonyme Institution auch immer, sondern muss eine jedem Bürger selbst und persönlich gestellte Aufgabe werden.

Der Verschwendung Einhalt zu gebieten, heisst heute schon mehr, als bloss weniger zu heizen und öfters auf das Auto zu verzichten. Es heisst unmissverständlich, dass etwas mehr Bescheidenheit in allen Ansprüchen not tut. Diese Umkehr als unumgänglich und nötig erscheinen zu lassen, gelingt offenbar der Ölkrise besser als jeder bisherigen Warnung.

Daraus wird sich auch ein Ueberdenken unserer Lage ergeben. Die Widerstände gegen die Entwicklung der Atomenergie dürften zusammenbrechen, zumal sie jenen in die Hände arbeiten, die uns jetzt mit der Ölkrise bedrohen. Vor allem wird der Konsens zur offenen Gesellschaft gestattet werden müssen: die kleinliche Kritik muss zurücktreten.

Die Verantwortung der Sowjetunion

Es ist nicht zu übersehen, dass die Sowjetunion die Hauptverantwortung an dieser Ölkrise trägt. Warum hat sie ihren Ausbruch jetzt, vermutlich doch vorzeitig, zugelassen?

Viele Faktoren mögen mitgewirkt haben. Das Drängen arabischer Falken, die schwer zu zügeln sind. Die Annahme, dass Amerika wegen der internen Selbsterfleischung interventionsgeschwächt sei. Die Angst, dass die arabische Öltrumpfkarte nicht ewig sticht, zumal sich neue Energiequellen als Ersatz abzuzeichnen beginnen. Die Ueberlegung vielleicht, dass die langsam wachsende Einigkeit Europas getestet werden müsse. Die Hoffnung schliesslich, den sowjetischen Einfluss in Arabien schlagartig zu verstärken.

Aber damit könnte die Sowjetunion den Bogen vorzeitig überzogen haben. Dann nämlich, wenn sich die europäischen Regierungen endlich zu einer mit Amerika koordinierten Haltung durchringen. Dabei wird es, bei aller Klarheit der Stellung gegenüber den arabischen Ländern, keineswegs um die Bildung einer antiarabischen Front gehen. Nichts wäre falscher als das.

Denn hinter den arabischen Regierungen, die sich revolutionär gebärden, steht die Sowjetunion eher als die arabische Masse, und unter den arabischen Völkern gibt es breite Kreise, die der Vernunft zugänglich geblieben sind. Deren Exponent ist heute der ägyptische Präsident Sadat. Wenn es ihm gelingt, eine faire Einigung mit Israel zu schliessen und in deren Rahmen die 1967 besetzten Gebiete zurückzuerhalten, dann wird vieles gewonnen sein.

Wir haben jedenfalls ein Interesse daran, dass es den arabischen Völkern wirtschaftlich besser gehe und dass ihre Unabhängigkeit gefestigt werde. Nichts entfremdet sie so sehr dem sowjetischen Einfluss, und zwar in ihrem eigenen Interesse.

Peter Sager